

Gastkolumne von Uwe Koopmann*

Schnüffeleien und Berufsverbote



Die Aktivitäten des Verfassungsschutzes erstreckten sich vornehmlich auf Mitglieder der DKP. In meinem Fall reichte schon die mit gerichtsverwertbaren Er-

kenntnissen angereicherte Vermutung, dass ich „zumindest Sympathisant“ der DKP sei.

Das politische Spektrum aber war viel breiter als die DKP-Schublade: MSB Spartakus, Jusos, der SHB. Es gab politische Berührungspunkte. Ein Beispiel: die Stamokap-Sympathisanten. Dafür ein Beispiel mit einem ganz speziellen „Berufsverbot“: Klaus-Uwe Benneter, Bundesvorsitzender der Jusos, aus der SPD und bei den Jusos ausgeschlossen. Benneters Nachfolger bei den Jusos war Gerhard Schröder. Nach Wiederaufnahme: Kniefall, Generalsekretär der SPD. Heute: Taubenzüchter.

Betroffen waren Gruppen, die mit diesen Gruppen nichts am Hut hatten und zu ihnen in scharfer politischer Konkurrenz standen: die sogenannten K-Gruppen. Die einen hatten das Etikett der „Stalinisten“, die anderen das der „Maoisten“. Geschenkt wurde sich nichts. Das musste den Klassenfeind begeistert haben!

Betroffen waren aber auch engagierte Pazifisten und Christen, Anhänger der DFU. Um mit einem Berufsverbot bedroht oder bedacht zu werden genügte es, linke politische Positionen einzunehmen.

Dieses politisch linke Spektrum sollte zerschlagen werden. Darin waren sich

der damalige Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und die Ministerpräsidenten unterschiedlicher Couleur einig.

Die Berufsverbote richteten sich vornehmlich gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Hier ließ sich trefflich mit Lügen und Unterstellungen arbeiten: LehrerInnen würden die Kinder indoktrinieren, der Lokomotivführer Rudi Röder könnte seine Lok in die DDR steuern oder sich beim Transport von Kriegsggerät verweigern, andere von der Post könnten die Briefe unterschlagen, wieder andere könnten sich in der Telekommunikation einnisten.

Alle diese Vorwürfe trafen nicht zu. Aber sie haben dazu beigetragen, dass berufliche Entwicklungen zerstört wurden, dass Menschen gezielt und bewusst in soziale Abgründe gestoßen wurden, dass – über den Kreis der Betroffenen hinaus – Angst und Duckmäusertum geschürt wurden.

Das aber hat nicht gefruchtet. Heute stehen wir zusammen, ungeachtet unserer unterschiedlichen politischen Lebensgeschichten. Das ist ein Erfolg, der früher vielleicht nicht denkbar war. Jüngst hat der Bericht von „amnesty international“ gezeigt, dass Demokratie in Deutschland immer noch nicht so „vollkommen“ ist, wie sie unsere Kanzlerin suggerieren möchte. Im Gegenteil.

Seien wir nicht satt! Behalten wir auch nach 40 Jahren unseren Zorn! Es gibt immer noch viel zu tun.

Venceremos!

* Uwe Koopmann hatte 15 Jahre Berufsverbot, von 1977 bis 1992. Er ist seit 1992 Lehrer in NRW und seit 1999 gewählter Landesverbindungslehrer zur Landeschülerversammlung (LSV) in NRW